

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffkotten und J. B. v. Schweiker.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das zweite Quartal 1866 auf den vom 1. April an wöchentlich dreimal erscheinenden „Social-Demokrat“ bitten wir außerhalb bei den Postämtern, in Berlin bei den bekannten Zeitungspediteuren bei Zeiten zu machen. Der Abonnements-Preis ist vom 1. April an für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr.; bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. österr. Währ.)

Ob das fragliche Altonaer, das wir nunmehr mittheilen wollen, wirklich vom „österreichisch-angustenburgischen Pressbureau“ ausgeht, was wir übrigens bezweifeln möchten, kann für uns nur von untergeordnetem Interesse sein. Vielmehr nehmen wir nur darum Act von dem mysteriösen Manifeste, weil der Umstand, daß ihm das preussische ministerielle Organ unverkennbar eine besondere Beachtung schenkt, geeignet ist, ein helles Streiflicht zu werfen auf den Ernst der gegenwärtigen Lage, auf die Signatur der Zeit überhaupt. Und deshalb sprachen wir oben von einem „Zeichen der Zeit“, das wir in der ganzen Erscheinung erblicken.

Aber dieser Krieg, Sire, ist mehr als ein gewöhnlicher Kabinettskrieg; es handelt sich dabei nicht um die Hausinteressen der Hohenzollern, und es ist darum die Pflicht der ehrlichen Männer der real-politischen Parteien, vor dem ersten Kanonenschuß die moralische Tragweite der Kugel Ew. Majestät offen darzulegen. Denn es handelt sich im 19. Jahrhundert um mehr als gewonnene oder verlorene Schlachten, nach welchen die Diplomatie den Sieg verfolgen oder die Niederlagen paralytisiren kann. Der Krieg zwischen Preußen und Oesterreich ist vielmehr identisch mit einer socialen Krisis.

Ew. Majestät sowohl wie Sr. Majestät der Kaiser Franz Joseph besitzen das vollste Recht, über die Redlichkeit der politischen Doktrin, wie sich dieselbe in den sterilen Parlamentsverhandlungen unserer Tage manifestirt hat, zur Tagesordnung zu schreiten. Aber es sind nicht jene unfruchtbaren Anstrengungen der Männer der wohlfeilen Begeisterung, als vielmehr die nationalökonomischen und socialen Verhältnisse im Zeitalter der Eisenbahnen und Telegraphen, welche beschwornen Geisteskräften, zu deren Leitung mehr gebt, als die Kraft der Bajonette, und welche ein mächtigeres Kommando verlangen, als den Donner der Kanonen.

Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß, wenn in Folge eines Krieges in Oesterreich — der Staatsbankrott erklärt werden müßte, dieser Staatsbankrott identisch sein wird mit dem momentanen Ruin der Industrie in ganz Deutschland. Der Ruin dieser Industrie ist einen Rückschlag aus auf die Geld- und Creditverhältnisse unseres Vaterlandes, und die aller nächste Folge ist — eine fürchterliche Handelskrisis. Ja, selbst wenn diese Krisis in Oesterreich beginnt, reißt der materielle Ruin des österreichischen Industrie- und Creditwesens in seinem Falle den Credit mit, der mit beiden im Norden und Westen Deutschlands zu eng verbunden ist, um nicht mit ihnen stehen und fallen zu müssen. Die Lösung wird also auf beiden Seiten sein: Der Krieg muß den Krieg ernähren; der Krieg selber wird ein Krieg bis auf's Messer sein.

Der Politiker hat sich Angesichts einer unvermeidlichen Nothwendigkeit jeder Phrase zu enthalten; selbst der Phrase der Philantropie. Will er aber in eine Krisis eintreten, so ist es nothwendig, daß er bei sich selbst anfängt, jede Illusion über den Verlauf derselben zu zerstreuen. Es mag gesagt sein, Sire, in deren Namen man das Recht zu haben glaubt, das Wort zu ergreifen, (?) hat sich eine Zeitlang dem Glauben hingegeben, Preußen und Oesterreich vereint könnten und würden die Reorganisation Deutschlands bewerkstelligen.

Wir haben geirrt, und die Revolution tritt in ihr altes historisches Recht ein, denn nie hat es einen Krieg von revolutionärerem Charakter gegeben, als der Krieg ist, der zwischen dem Staate Ew. Majestät und dem Hause Habsburg zu entbrennen droht. Und wir machen uns gefaßt darauf, daß die Idee der Arrondirung der protestantischen Großmacht Preußen sich im Verlaufe der werdenden Ereignisse mit ganz Europa zu schlagen haben wird. Aber wir wissen auch, daß diese Idee in ganz Europa ihre Bundesgenossen hat, und daß hinter der Fronte unserer Feinde aus jedem Winkel Europas Flammen hervorbrennen werden, welche den Feinden Deutschlands verderblicher sind,

Doch hören wir vor Allem, was die „Altonaer Radikalen“ manifestiren.

Das fragliche Document lautet wie folgt:

An den König.

Sire!

Wenn eine langjährige politische Erfahrung nicht völlig spurlos an dem Politiker vorübergegangen ist, so unterliegt es keinem Zweifel, daß man sich auf dem Punkte zu sehen berechtigt fühlt, wo der Degen in der Scheide locker geworden ist, und das ehrliebe Schwert den Knoten zerhauen muß, den die Subtilität der diplomatischen Intrigue seit Jahren erfolglos bemüht war, zu entwirren.

Die Partei — es ist die Partei der Parteilosen, — in deren Namen man heute an Ew. Majestät das Wort zu richten wagt, begrüßt diesen Wendepunkt unserer Geschichte mit Freuden; denn sie ist sich des Ernstes der Situation vollkommen bewußt und sie täuscht sich nicht über die nächsten und spätern Konsequenzen eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich. Weil sie die traurige Prämisse der Nothwendigkeit eines solchen Krieges anerkennt, so verschließt sie ihr Auge auch nicht vor den traurigen Konsequenzen der Kriegserklärung.

Sire! es sind Republikaner, welche sich heute an Ew. Majestät Geburtstage dem preussischen Throne nähern; es ist eine Anzahl Männer, welche gelernt haben, ihre Ideale einen Augenblick hintenanzusetzen und der preussischen Monarchie den Vortritt einzuräumen in der Entwicklungsgeschichte unseres deutschen Vaterlandes, und diese Männer — eben durch ihre Ehrlichkeit vielleicht die treuesten Anhänger Ew. Majestät, weil sie nicht deren Schmeichler sind — verlangen für dieses Opfer Nichts als Gehör an den Stufen des Thrones Ew. Majestät.

Sire! an die Freimüthigkeit des Soldaten, an den ehrenhaften Muth des Kriegers appellirt man, indem man Ew. Majestät, dem König, die Perspektive der Schlachtfelder zeigt, welche für Preußen unvermeidlich geworden sind.

Der Besitz der Elberzogthümer ist nicht nur für den preussischen Staat eine Nothwendigkeit, es ist noch mehr für ganz Deutschland eine Nothwendigkeit, daß der preussische Staat sein naturgemäßes jusquo à la mer erfülle.

Kleinstaatliche Sonderinteressen, Selbstsucht der Parteien und die Ränke des Auslandes haben es verstanden, die Einfachheit und Klarheit dieser Situation zu trüben, und es ist fast als gewiß anzunehmen, daß nur die Katastrophe eines Krieges mit Oesterreich im Stande ist, die Lage der Dinge zu klären.

Politischer Theil.

Berlin, 22. März.

Ein Zeichen der Zeit ist es sicherlich, welches uns heute in einem Artikel des Organs des gegenwärtigen preussischen Ministeriums entgegentritt, in einem Artikel, der ganz besonders für uns, die social-demokratische Partei, von nicht geringem Interesse ist.

Es handelt sich nämlich um ein, angeblich von Radikalen ausgehendes, Manifest, in welchem der König von Preußen angeblich von „real-politischen“ Republikanern aufgefordert wird, alle Schranken der bestehenden staatlichen Verhältnisse Preußens und Deutschlands zu durchbrechen, und sich, als Deutschlands Victor Emanuel, an die Spitze einer socialen Revolution zu stellen, vielmehr dadurch eine solche zu verhindern.

„Das österreichisch-angustenburgische Pressbureau“, so lesen wir in der „Nordd. Allg. Ztg.“, „greift in dem Augenblicke, wo die österreichische Regierung mit starken Rüstungen vorgeht, zu Mitteln, deren sich oftmals schon die radikale Partei in anderen Ländern, wir erinnern beispielsweise an Mazzini, bedient hat, um Regierungen mit Besorgniß zu erfüllen, sie zu falschen Schritten zu verleiten und die öffentliche Meinung zu täuschen.“

„Dieses Bureau hat zu seinem Zweck ein aus Altona datirtes Manifest „an den König“ von Preußen im Druck vorbereitet, welches morgen, als am Geburtstage Sr. Maj., verbreitet werden soll. Von befreundeter Seite ist uns ein Exemplar dieses Nachwerks, welchem die Tendenz à la Halbhuter nicht übel steht, überschickt worden. Die angeblichen Radikalen fordern darin den König von Preußen auf, alle Schranken der bestehenden staatlichen Verhältnisse Preußens zu durchbrechen.“

„Derartige Fabricate werden niemals die Befürchtung in Deutschland erwecken, daß die Revolution sich an die preussischen Fahnen heften könnte, aber wir veröffentlichen das Manifest, um die Mittel zu zeigen, zu denen das österreichisch-angustenburgische Pressbureau seine Zuflucht nimmt.“

als uns, — wenn die Regierung Ew. Majestät den
Duch besigt, unbekümmert um das Geschrei der politi-
schen Klatsch-Parteien den Fels vom Fels zum Meer
weiter zu beschreiten. — Das Getreibe der Parteien hat
unser Vaterland an den Rand der Krisis gebracht, und
Nichts kann sie aufhalten, als ein ehrliches Bündniß
Preußens und Oesterreichs oder ein Krieg, in welchem
„Va banque“ die Lösung der Ueberzeugungen auf bei-
den Seiten ist.

Berheben es Ew. Majestät sich daher nicht: es tre-
ten Anforderungen an das Königthum heran, bei denen
der rochor de bronze sich zu erproben hat; denn das
Königthum wird ein Fels zu sein haben im Meer der
entsetzlichen politischen Leidenschaft nach Innen und
nach Außen, ein Fels gegenüber der materiellen Noth
und Verzweiflung der Massen, ein Fels, der nur auf
der einen großen Idee seine Basis zu suchen hat, daß er
die Welt durch seine Stärke in Erschauen und Achtung
zu setzen vermag.

Es ist eine schreckliche, aber eine erhabene Aufgabe,
welche an Ew. Majestät herantritt.

Sire! die republikanische Partei, sie, welche nie
Empathie für jene christliche, wortreiche und thaten-
arme Opposition in den Kammern u. s. w. gefühlt hat,
wird in dem drohenden Kriege hinter Ew. Majestät ste-
hen. Aber diese Partei erwartet, in Ew. Majestät den
Victor Emanuel Deutschlands zu sehen, den
Mann, der da Alles zu Boden wirft, was
sich den berechtigten Anforderungen des Volks
in den Weg zu stellen mag; den Herrscher,
welcher sein Herz zu verschließen die Kraft
hat vor der Schule der harten Noth, die dem
Volke bevorsteht und dessen Verstand sich be-
wußt ist, daß, wenn er sich schwach zeigt, die
Nothwendigkeit der Verhältnisse die Social-
Revolution an seine Stelle setzen wird.

Wir müssen so offen mit Ew. Majestät reden, da-
mit sich Ew. Majestät nicht täuschen über die natürlichen
Bundesgenossen, (!) die Ihnen, Sire, die Geschichte zuwies.
Wir fordern und erwarten Großes von einem großen
Königthum. Wir wollen wissen, wohin die Krone aus
dem Laufe steigt und reden nicht die Sprache der Hül-
finge und Schmeichler.

„Wollt Ihr noch weiter segeln,
So segelt mit dem Sturm!“

Halten Ew. Majestät männlich und mutbig die Fahne
der Volkfreiheit hoch, nachdem die Aferweidheit des Ka-
thebers zu Boden geworfen ist; dann Sire:
„In hoc signo vincis!“

Die Radikalen.

Werkwürdig! hm! — — —

Abscheuliches „österreichisch-augustenburgisches
Pressebüroau!“

Zu wels' bösen Dingen willst Du das conser-
vative Hebenzollern'sche Preußen verleiten?

Ist Dir das Sprüchlein denn nicht bekannt:
„Wenn Dich die bösen Dämonen locken, so folge ihnen
nicht“?

Darum geschieht Dir ganz Recht, wenn Dir
das Organ des Ministeriums antwortet:

Derartige Fabrikate werden niemals die Befürchtung
in Deutschland erwecken, daß die Revolution sich an die
preussischen Fahnen heften könnte.

Habt Ihr's gehört, Ihr Victor-Emanuelisten
Deutschlands, Ihr schwarzweißen Gothaer, schillernd
in allen Farben des Liberalismus?

Schreibt es Euch hinter die Ohren, die wahrlich
groß genug dazu sind! — — —

Euch aber, Ihr Männer der Arbeit, die Ihr
an der Spitze der socialen Bewegung in Deutsch-
land marschirt, Euch sei das Manifest eine Mah-
nung an den Ernst der Zeit, eine ernste Mahnung,
mit erneuertem Eifer und mit verjüngter Kraft fort-
zuarbeiten am Erlösungswerke der Menschheit, jede
Ausbreitung zu vermeiden, weder nach rechts noch
nach links zu schießen, sondern ruhig und besonnen
geradeaus Euer Ziel zu verfolgen; es sei Euch
eine ernste Mahnung zur Einigkeit und zu gegen-
seitiger Duldung, die jetzt mehr noth thun als
jemals.

Dann werdet Ihr frohen Muthes allen Stürmen
trogen und alle Feinde niederwerfen können, die Euch
im Wege stehen. Aber nur dann!

Darum seid einig und thatkräftig und verschließt
nicht Euer Auge vor den Zeichen der Zeit!

Deutschland.

* Berlin, 22. März. [Zum Habsburg-
Hohenzollern'schen Kriegsspielerpiel] wird
ein Artikel der officiösen „Wiener Abendpost“ tele-
graphirt, die der „Kreuzzeitung“ auf ihren Artikel

über die österreichischen Kriegsrüstungen geantwortet
hat. Das genannte Blatt schreibt:

Es ist nicht die entfernteste Provocation von Oester-
reich ausgegangen, nicht eine militairische Vorlesung
getroffen, welche auf die Eventualität eines Offensiv-
krieges deuten würde. Nicht einmal die zahlreichen
Nachrichten über die Einleitung militairischer Maßnahmen
Seitens Preußens, welche in den officiösen preussischen
Blättern verbreitet waren, haben hier active Entschlie-
sungen der Regierung hervorgerufen. Die österreichische
Armee befindet sich im tiefen Friedensstande. Schon der
Charakter der schleswig-holsteinischen Politik Oesterreichs
muß jeden Gedanken an ein aggressives Vorgehen Seitens
Oesterreichs geradezu als absurd erscheinen lassen. Oester-
reich will Nichts erreichen, es hat sich nicht entfernt
Ziele vorgesetzt, die es nöthigen würden, von seiner
Kriegsmacht Gebrauch zu machen. Oesterreich kann höch-
stens in die Lage geraten, Gewalt abzuwehren, aber
sicher nicht in die Lage, Gewalt anzuwenden zu müssen.
Wenn daher Preußen keine anderen Gefahren drohen,
als die, daß ein offensives Vorgehen österreichischerseits
erfolgen könnte, so kann man es zu seiner politischen
Situationsaufrichtung beglückwünschen. Wir nehmen auch
durchaus keinen Anstand, zuzugeben, daß diese gegenwärtige
Aktion zur Ordnung unserer inneren Verhältnisse,
sowie die Finanzlage, in welcher wir uns befinden —
von allem anderen abgesehen — Offensiv-Gedanken aus-
schließen und daß sie in der That auch jede Schein-
demonstration verbieten. Ein um so erfolgloseres Beginnen
ist es, Oesterreich als provocirenden Theil hinzustellen,
um aus dessen Haltung Vorwände zu Gegentrüfungen
herzuleiten.

Wir dürfen uns mit voller Ruhe auf die Meinung
Europa's berufen. Diese wird — sollte es zu jener be-
dauernden Eventualität kommen, die Oesterreich
durch Nichts herbeizuführen, durch Nichts verschuldet hat,
in dem Urtheile einstimmig sein, von welcher Seite der
Angriff erfolgt und wem die Verteidigerrolle zugesallen
ist. Es wird der Verdächtigung der „Kreuzzeitung“
nicht gelingen, die öffentliche Meinung irre zu leiten
oder schwankend zu machen.

Die neueste „Provinzial-Correspondenz“ sagt
in einem „Besorgliche Anzeichen“ überschriebenen
Artikel:

Die Preussische Regierung hat ferner, ungeachtet der
nothgedrungenen Berücksichtigung auf eine engere Ver-
bindung mit Oesterreich, jede Maßregel vermieden, welche
als eine Vorbereitung zu Schritten der Feindseligkeit
gedeutet werden könnte. Sie ist in ihrer Vorsicht so
weit gegangen, daß jüngst, als die Zwecke der militairi-
schen Verwaltung einen Appell der Wehrpflichtigen des
Berliner Landwehrbezirks nothwendig machten, schon im
Vorhinein Sorge getragen wurde, dieser Maßregel jeden
besorglichen Charakter und Schein zu benehmen. That-
sächlich ist in der ganzen Monarchie kein Mann von der
Landwehr oder auch nur von der Reserve einderufen,
kein Anlauf von Pferden u. s. w. angeordnet, wie es
doch einer Mobilmachung des Heeres vorausgehen müßte.

— — — Und doch verkündet die österreichische Presse
fast einmüthig: man rüste dort und man rüste gegen
Preußen. Aus Wien, aus Böhmen, aus Galizien und
Ungarn kommen gleichzeitig Nachrichten von Verboll-
ständigung der Regimenter, von Truppenentsendungen u. s. w.,
die Richtung der Bewegung aber geht durchweg nach
Norden auf die preussische Grenze zu.

Gemahnt uns das nicht lebhaft an die beiden
Schulungen: „Herr Lehrer, der Müller macht
Pärm!“ „Nein, Herr Lehrer, ich bin's nicht, der
Schulze war's.“

Die „Prev.-Corr.“ fährt darauf fort:
Nun denn, wenn Oesterreich und seine vermeintlichen
Freunde gegen Preußen rüsten, so legen sie unserer Re-
gierung die Verpflichtung auf, dafür Sorge zu tragen,
daß Preußen durch kriegerische Ereignisse nicht überrascht
werden könne.

Dank der jetzigen Organisation unseres Heeres kann
die Regierung der Ruhe des Landes und den gewerbli-
chen Verhältnissen volle Rücksicht bis zum Augenblicke
des wirklichen Bedürfnisses zu Theil werden lassen.

Man wird aber unserer Regierung zutrauen, daß sie
es nicht dahin kommen lassen werde, wie es im Jahre
1850 geschah, daß eine österreichische Armee zum Angriff
bereit an unserer Grenze stand, ohne daß wir in der
Lage waren, derselben die entsprechenden Kräfte entgegen
zu stellen. Die damalige Verfassung und ihre lange emp-
fundenen Folgen werden sich gewiß nicht wiederholen.

Aus London, d. d. 21. März, wird telegraphirt,
daß Graf Apponyi im auswärtigen Amte eine öster-
reichische Depesche vorgelesen habe, welche die Ver-
antwortlichkeit für einen eventuellen Kriegsfall mit
Preußen ablehnt.

Der „Köln. Bzg.“ schreibt man aus Wien vom
19. März:

Vorgestern schrieb ich Ihnen, daß Baron Werther
einen Courier erwarte, der ihm entscheidende Mittheilungen

überbringen werde. Nun sind solche bereits gestern in
einer Depesche des Grafen Karolyi eingetroffen. Deren
wesentlichen Inhalt hat mein heutiges Telegramm re-
sumirt. Es hat, wie ich höre, ein Austausch von Er-
klärungen zwischen dem preussischen Premier und dem
österreichischen Gesandten statt gefunden, denen zufolge
sich die Kriegsbefürchtungen als sehr übertrieben heraus-
stellen und Preußen entschlossen scheint, auch seinerseits
an der Gasteiner Convention festzuhalten. Somit würde
das Provisorium fortbauern. Mittlerweile soll aber das
preussische Cabinet die Initiative zur Wiederaufnahme
der deutschen Frage ergreifen wollen, wahrscheinlich auf
dem Wege der Verhandlungen mit den Mittelstaaten
einerseits, Oesterreich andererseits.

Die feudale „Oesterreichische Correspondenz“
schreibt:

Wenn es einerseits richtig ist, daß dem preussischen
Gouvernement keine Aeußerung britischer Besorgnisse zu-
gegangen ist, so dürfte andererseits das Wiener Cabinet
bereits einige Manifestationen des Alarms fremder
Mächte empfangen haben. Die heutige Situation erin-
nert an das Jahr 1859, wo ebenfalls die österreichische
Regierung durch die europäischen Mächte vor der Ver-
übung einer Aggression gewarnt wurde. Die Lage der
Dinge läßt nur Vermuthungen zu, aber es sieht fast so
aus, als gebeule man in Wien dieses Mal den Vorwurf
der Aggression dadurch zu meiden, daß man den ersten
Schritt auf neutrales, etwa auf königlich sächsisches Ge-
biet macht. Ja, es scheint fast, als ob das Dresdener
Ministerium in die Absichten des Wiener Cabinettes ein-
geweiht sei. Falls Oesterreich jenen Schritt thäte, würde
Preußen zu erwägen haben, ob es nicht im Interesse der
Verteidigung gezwungen wäre, seine Truppen ebenfalls
auf sächsischem Gebiete Position nehmen zu lassen. Die
Entwicklung ließe also darauf hinaus, daß ein neutraler
Staat für die politischen Gesichtspunkte des Wiener Ca-
binettes zu hüßen hätte. Würde es aber bei der Mit-
leidenschaft dieses einen Bundesstaates bleiben? Will
man den Frieden sichern, will man zur Wahrung des
Gewissens und der Interessen eine Instanz errichten, vor
welcher die Schwierigkeit ausgeglichen werden könnte, so
würde dies am Besten eine große Fürsten- und Völker-
Konferenz Deutschlands sein, welche die schleswig-holstein-
ische Frage zu erwägen hätte.

Ein gutes Stück Verdienst an dem blinden Kriegs-
lärm, der zwischen beiden Mächten geschlagen wird,
kommt auch, abgesehen von den inspirirten Federn,
die auf Commando Krieg oder Frieden blasen müssen,
auf Rechnung der Zeitungsschreiber und Corresponden-
ten, die in jeder Würde einen Elephanten wittern.
Im Grunde handelt es sich hinsichtlich der öster-
reichischen Rüstungen nur um etliche Regimenter,
die wegen der in Böhmen vorgekommenen Czehen-
excesse gegen die Juden dorthin dirigirt wurden.
Wie lächerlich oft manche derartige Gerüchte sind,
mag folgender Fall darthun. In Berlin kam ein
italienischer General, Gavone, an. In Wien er-
blickte man sofort in demselben einen Unterhändler
für das „preussisch-italienische Bündniß.“ Die
„Kreuztg.“ brachte darauf die Erklärung, Herr Ga-
vone sei lediglich hierher gekommen, um sich die
Spandauer Geschützgießerei anzusehen. Kurz, der
ganze Kriegslärm ist eine für die Geschäftswelt
nichts weniger als angenehme „Comödie der Irr-
rungen“ und in seinem Ausgange höchst wahrschein-
lich: „Biel Lärm um Nichts.“

— [Das „Dresdener Journal“] versichert
aufs Bestimmteste, die sächsische Regierung habe
weder eine Mobilisirung, noch die Einziehung der
Reserven angeordnet.

— [Die „Provinzial-Correspondenz“]
dementirt die Zeitungsnachricht, England habe der
preussischen Regierung einen Vermittlungs-Antrag
gemacht.

— [Ueber die Triäselei und die Zer-
fahrenheit der Mittelstaaten] wird der „Frank-
furter Postzeitung“ aus Bayern geschrieben:

Man behauptet hier, daß der mehrbesprochene Antrag
bezüglich der schleswig-holsteinischen Angelegenheit,
welchen Bayern am Bunde zu stellen beabsichtigte, nicht zu
Stande gekommen sei, weil sich die Mittelstaaten darüber
nicht einigen konnten. Abgesehen hiervon ist so viel ge-
wis, daß die Verfahrenheit unter diesen Staaten niemals
größer war, als in diesem Augenblicke. Da dies eine
notorische Thatsache ist, so muß es einigermaßen auffal-
len, wenn eine Stimme in der Allgemeinen Zeitung
sich über die Unthätigkeit der bayerischen Regierung be-
klagt und ihr den Rath ertheilt, mit den Mittel- und
Kleinstaaten einen Bundesstaat zu bilden. Der Rath-
schlag ist gut, das leugnen wir nicht, aber leichter
gegeben, als ausgeführt; denn selbst vorausgesetzt,
daß diese Staaten in richtiger Würdigung ihrer wahr-
en Interessen über das Endziel ihrer Politik unter